

## Praxisorientiertere Berufsbildung könnte die Fachkräftenot in MOE-Ländern lindern

Nr. 320, 25. Februar 2021

Autor: Dr. Matthias Bittorf, Telefon 069 7431-9888, research@kfw.de

Die mittelosteuropäischen EU-Länder (MOE) haben in den letzten Jahren hinsichtlich ihrer Wettbewerbsfähigkeit deutlich aufgeholt. Als ein verbliebener Schwachpunkt ist jedoch länderübergreifend ein notorischer Fachkräftemangel und – damit verbunden – eine häufig praxisferne berufliche Bildung erkennbar. Auch um die anstehende Digitalisierung zu meistern und in puncto Produktivität dem mittleren EU-Niveau rasch noch näher zu kommen, besteht hier zweifellos Handlungsbedarf. Teils schon weitreichende gute Ansätze zu stärker bedarfsbezogenen, insgesamt effektiveren Berufsausbildungen in den einzelnen Ländern sollten noch konsequenter und auf breiterer Front umgesetzt werden. Nicht zuletzt aufgrund der zuletzt gewachsenen Bedeutung der Region für die deutsche Wirtschaft sollte Deutschland in diesen Prozessen auch künftig mit Rat und Tat zur Seite stehen.

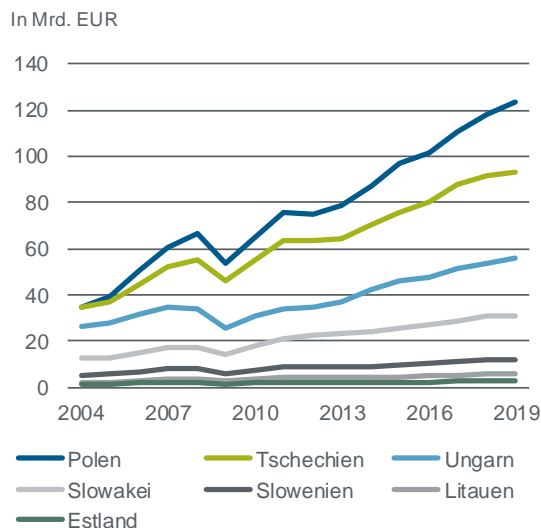
### MOE-Länder zuletzt mit deutlichen Konvergenzfortschritten, Reserven im Bildungsbereich aber unverkennbar

In der vergangenen Dekade haben sich die mittelosteuropäischen EU-Staaten hinsichtlich ihrer Wirtschaftsleistung den anderen Ländern der Europäischen Union weiter angenähert; auch die sozialen Lebensverhältnisse verbesserten sich unübersehbar. In besonderer Weise beförderte die EU-Osterweiterung ab 2004 mit der Integration in den EU-Binnenmarkt diese Dynamik – der Warenaustausch intensivierte sich fortan stark, die Direktinvestitionen in die neuen Mitgliedstaaten wuchsen kräftig. Deutsche Unternehmen investierten 2018 in den beiden Nachbarländern Polen (27,5 Mrd. EUR) und Tschechien (18,6 Mrd. EUR) mehr Kapital als im viel bevölkerungsreicheren Russland oder in großen Schwellenländern wie Indien und Brasilien.<sup>1</sup>

Als führender Direktinvestor in den MOE-Ländern mit vielen Produktionsstandorten hat Deutschland ein besonders ausgeprägtes Interesse an einer gut funktionierenden Fachkräfteausbildung vor Ort. Während die Hochschulen vielerorts schon sehr beachtliche Standards aufweisen, besteht hinsichtlich der partiell vernachlässigten, weithin zu wenig praxisbezogenen und mit Imagedefiziten befrachteten Berufsbildung noch ein beträchtlicher Aufholbedarf.

Was lässt sich tun, auch mit Deutschlands Unterstützung, um hier zu raschen Veränderungen zu kommen? Besonders soll dabei der Blick auf die EU-Nachbarn Tschechische Republik und Polen sowie die Slowakische Republik gerichtet werden, die in den letzten Jahren auch das Hauptziel deutscher Direktinvestitionen in der mittel- und osteuropäischen Region waren.

Grafik 1: Handelsvolumen ausgewählter EU-Länder mit Deutschland (nach der EU-Erweiterung 2004)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

### Was macht eine gute Berufsbildung aus und warum ist sie grundsätzlich so wichtig?

Von einer erfolgreichen Berufsausbildung lässt sich grundsätzlich dann sprechen, wenn sie zur unmittelbaren Berufsausübung als qualifizierte Fachkraft befähigt.

Wesentliche, konstitutive Elemente einer leistungsfähigen Berufsbildung sind ihre konsequente Ausrichtung an den Handlungsanforderungen der Berufspraxis, die Fixierung auf – berufliche Mobilität erleichternde – breit angelegte Kompetenzprofile, die Fähigkeit zum flexiblen Reagieren auf neue Herausforderungen (z. B. auf die sich in hohem Tempo technisierende Arbeitswelt) und nicht zuletzt die Ermöglichung von Berufserfahrung.<sup>2</sup> Zudem ist für eine moderne, qualitativ hochwertige Berufsausbildung die Einbindung der Unternehmen unverzichtbar.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht besteht der Beitrag der Berufsbildung in der Unterstützung der Unternehmen hinsichtlich der Deckung ihres Fachkräftebedarfs. Fehlen Fachkräfte in ausreichender Anzahl, sind Unternehmen nicht nur gezwungen, Aufträge zu verschieben oder zurückzugeben, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft leiden – das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft wird nicht ausgeschöpft.

Internationale Organisationen mit Expertise in der Analyse beruflicher Bildungssysteme (wie die OECD und die UNESCO) betrachten duale Systeme der Berufsausbildung

– wie sie „in Reinkultur“ in Deutschland und der Schweiz existieren – als besonders geeignet Jugendarbeitslosigkeit zu begrenzen. Sie gelten weltweit als vorbildlich. Als Kern des Erfolgsmodells gilt das Zusammenspiel von schulischer und beruflicher Bildung, mit der stark ausgeprägten Komponente des arbeitsplatznahen Lernens.

**Exkurs: Berufsbildung in MOE-Ländern seit 1990 im Umbruch – andere Akzentsetzungen als in Ostdeutschland**

Wie sämtliche anderen Bildungsbereiche auch stand die Berufsbildung ab 1990 vor einem völligen Neuanfang. Neben der ideologischen Entschlackung war es nun vorrangige Aufgabe, die dirigistisch ausgerichteten Strukturen zu flexibilisieren und damit an marktwirtschaftliche Bedingungen anzupassen.

Das bedeutete zunächst vor allem, Berufsausbildungsstrukturen für die vielen neu gegründeten klein- und mittelständischen Betriebe zu installieren, sektoral den Ausbau der Berufsausbildung im absehbar rasch wachsenden tertiären Bereich voranzubringen (Schwerpunkt: kaufmännische Berufe) und entsprechende neue Berufsbilder zu entwickeln (sowie alte Berufsbilder aus dem verkümmerten Handwerksbereich wieder einzuführen).<sup>3</sup>

Damit verknüpft war aber auch die grundsätzliche Frage nach dem Aufbau der neuen Berufsbildungssysteme in den MOE-Ländern. Was sollte aus dem alten Berufsbildungssystem „mitgenommen“ werden, wo sollte sich perspektivisch gesehen Wesentliches ändern? Während über Veränderungen hin zu mehr Pluralismus, Offenheit und Beteiligung auch im Berufsbildungsbereich überall Konsens bestand, wurde über Strukturfragen durchaus ergebnisoffen diskutiert. So hatten die Unternehmen gerade in der Umbruchphase zur Marktwirtschaft, die mit der Einführung vieler neuer Technologien verknüpft war, ein großes Interesse an kurzfristig zur Verfügung stehenden geeigneten Qualifikationen – aus dieser Sicht hätte ein Ausbau des ehemals in den Großbetrieben praktizierten, durch eine enge Verzahnung von theoretischer und praktischer Berufsausbildung charakterisierten Lehrberufe-Modells, etwa in Richtung eines dualen Systems, durchaus Sinn ergeben. Im benachbarten Ostdeutschland geschah – gestützt durch öffentliche Förderung – genau dies.<sup>4</sup> Jedoch war die Bildungspolitik in den anderen postsozialistischen Gesellschaften mehrheitlich der Überzeugung, dass umfassendere, breiter angelegte Bildungsgänge mit einer starken allgemeinbildenden Komponente zielführender für die Arbeitsmarktintegration sind.<sup>5</sup> Mithin wurden die der Berufsbildung zugeordneten Ressourcen vornehmlich in den Ausbau der auf dem vollzeitschulischen Modell gründenden mittleren und höheren Schulen (mit Möglichkeit des Abiturierwerbs) investiert. Die praxisorientierteren Berufsgrundschulen blieben erhalten, vorrangig für Handwerks- und weniger komplexe Industrierufe. Sie galten aber aufgrund ihrer kürzeren und weniger fundierten Ausbildung und ihrer häufig vernachlässigten Ausstattung

gerade in Polen, Tschechien und der Slowakei als wenig karriereförderliche Ausbildungsstätten, in welchen sich hauptsächlich leistungsschwächere Schüler sammelten.

**Bewertung der Berufsbildung verändert sich im Zuge des aktuellen Fachkräftemangels**

Diese eher negative Wahrnehmung praxisorientierter Ausbildungen in gewerblich-technischen Berufen ändert sich allmählich mit dem aktuell chronischen Mangel an Handwerkern und Facharbeitern und den damit verbundenen besseren Verdienstmöglichkeiten für diese Berufsgruppen. Zudem sind die dominierenden Berufsausbildungen in vollzeitschulischen Formen bei einheimischen Unternehmen und speziell auch bei ausländischen Investoren in die Kritik geraten.<sup>6</sup> Moniert wird, dass deren Absolventen im Durchschnitt nur geringe praktische Fertigkeiten aufweisen und die Unternehmen im Nachgang schließlich große Teile der Ausbildung selbst leisten müssen.

Exemplarisch dafür stehen etwa die Ergebnisse des in Polen und Tschechien angesiedelten EU-Projekts „Transfer von Erfahrungen bei der Gestaltung einer wirtschaftsnahen berufspraktischen Ausbildung in den Strukturen schulisch orientierter Ausbildungssysteme“ (2014). Die Befragungen polnischer und tschechischer Firmen aus der Chemiebranche förderten erhebliche Defizite der vollzeitschulischen Ausbildung zu Tage. (vgl. Tabelle1).

**Tabelle: Befragung von Unternehmen des Chemie-Sektors in Polen und Tschechien (2014)**

	Zustimmung Unternehmen in Polen	Zustimmung Unternehmen in Tschechien
Wir haben Schwierigkeiten, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden.	83 %	69 %
Die Ausbildungsprogramme entsprechen nicht den realen Anforderungen des Arbeitsmarkts.	67 %	41 %
Die Absolventen haben zu geringe praktische Fertigkeiten.	58 %	69 %

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung Polen (EU-Projekt „Transfer von Erfahrungen bei der Gestaltung einer wirtschaftsnahen berufspraktischen Ausbildung in den Strukturen schulisch orientierter Ausbildungssysteme“)

Diese Erkenntnisse inklusive der Diagnose eines gravierenden Fachkräftemangels bei gleichzeitig hoher Jugendarbeitslosigkeit in einigen MOE-Ländern befördert nun aktuell eine – unterschiedlich stark ausgeprägte – Tendenz zur Hinwendung zu Ausbildungsgängen mit relevanterer praktischer Arbeitserfahrung. In verschiedenen MOE-Ländern wird die Einführung dualer Ausbildungsgänge erwogen, partiell wurden diese bereits eingeführt. Es ist allerdings anzumerken, dass solche Änderungen von Strukturen der Berufsbildung meist langwierige Prozesse darstellen, die mitunter auch auf beachtliche Widerstände stoßen.

## Auf dem Weg zu modernen Berufsausbildungen: Die Beispiele Slowakei, Polen und Tschechien

### Slowakische Republik

Eine Vorreiterrolle bei der Etablierung dualer Ausbildungsstrukturen nimmt die Slowakei ein; die Einführung dualer Berufsausbildungsangebote im Jahr 2015<sup>7</sup> als Ergänzung des bestehenden, schulisch geprägten Ausbildungsmodells lag begründet im stark gestiegenen Fachkräftebedarf des Landes, welches mit dem EU-Beitritt 2004 wirtschaftlich prosperierte und seither viele, auch technologieintensive ausländische Direktinvestitionen (insbesondere in der Automobilindustrie) anzieht. Diesen Bedarf vermochte das praxisferne tradierte Berufsbildungssystem – die Berufsschule mit häufig veralteten Lehrplänen war in der Regel einzige Ausbildungsstätte – nicht hinreichend abzudecken. Zudem gebot die hohe Jugendarbeitslosigkeit (2014: knapp 30 %) das rasche Angehen substanzieller Veränderungen. Die Forcierung effektiverer Ausbildungskonzepte gilt mittlerweile als ein vorrangiges – vom Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördertes – nationales Projekt. Ab 2015 wurden erste Strukturen eines dualen Ausbildungssystems etabliert, welches sukzessive auf breitere berufliche Bereiche und sämtliche Regionen ausgedehnt werden soll. Bisher wurden etwa 8.000 duale Auszubildende bei 800 die duale Ausbildung aktiv anbietenden Unternehmen abgeschlossen – das ursprüngliche Ziel der Regierung, bis zum Jahr 2020 etwa 12.000 junge Menschen bei 1.400 Arbeitgebern in eine duale Berufsausbildung zu bringen, wurde damit zwar noch nicht in Gänze erreicht. Dies lag aber auch am coronabedingt geringer als geplant ausgefallenen Zuwachs im Jahr 2020.<sup>8</sup>

Ein knappes Resümee lässt sich so ziehen: Der Reformprozess dauert an – nach Einführung des dualen Ausbildungssegments haben sich praktisch alle weiteren Reformschritte mittelbar und unmittelbar auf dieses als Lösung des Fachkräftemangelproblems betrachtete Ausbildungsmodell bezogen. Dies betrifft die Qualifikation des betrieblichen Ausbildungspersonals, die deutlich gestärkte, strategische Berufsorientierung an Schulen und in Unternehmen, die geschaffenen finanziellen Anreize für Azubis und Unternehmen und die Vereinfachungen der einschlägigen bürokratischen Abläufe. Auch die landesweit auf allen Ebenen installierten Gremien zur Organisation und Aktualisierung der Berufsbildung sind für eine bessere Bedarfsorientierung von Gewicht. Dennoch zeigen die etwas hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Ausbildungszahlen, dass die Imageprobleme der Berufsausbildung mit der Einführung „westlicher“ Ausbildungsmodelle nicht verschwunden sind.

Der Direktor des staatlichen Berufsbildungsinstituts ŠIOV, Branislav Hadár, bekannte sich kürzlich noch einmal zu einer weiteren Umsetzung der dualen Ausbildungsstrategie – obwohl aktuell unter Coronabedingungen die Vermittlung der beruflichen Praxis stark reduziert werden musste. Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, die Arbeitgeber zu ermutigen, die duale Ausbildung weiterhin zu unterstützen, da sie eine Investition in die Zukunft ist.<sup>9</sup> Zu Beginn des Jahres 2021 sind nur wenige duale Azubis in den Unternehmen, die über Distanzausbildung unterrichtet werden.

In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, die Vorzüge der „importierten Innovation“ duale (Fachkräfte-)Ausbildung – die in der Regel nahtlos in einem Arbeitsverhältnis im Ausbildungsbetrieb mündet – landesweit noch überzeugender zu kommunizieren. Das Berufsbildungsinstitut ŠIOV postuliert als flankierenden Ansatz Maßnahmen zur Stärkung der Attraktivität und des sozialen Status technischer Berufe einschließlich des Handwerks. Konzeptionell und strategisch ist die Slowakei gut aufgestellt – die besonders ab 2015 intensivierte Zusammenarbeit auf dem Feld der Berufsausbildung mit dem deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), welche die Weiterentwicklung des slowakischen Modells der dualen Berufsausbildung als Kernpunkt beinhaltet, wurde 2019 durch eine Absichtserklärung des BMBF und des slowakischen Bildungsministeriums erneuert.<sup>10</sup> Auch die Schweiz mit ihrem sehr effizienten dualen Ausbildungssystem fördert slowakische Berufsbildungsprojekte in beachtlichem Umfang.

### Polen

In Polen wird der beruflichen Bildung ab den 2010er-Jahren wieder eine größere Bedeutung beigemessen, nachdem in den beiden ersten Dekaden nach 1990 zunächst die Hochschulbildung expandierte und der Anteil der Studierenden ganz erheblich zulegte (im Zeitraum von 1990 bis 2010 von 13 auf 53 % eines Jahrgangs).<sup>11</sup>

Der Bedeutungsverlust der Facharbeiterausbildung für Industrieberufe war in Polen – wo bereits der polytechnische Schulunterricht nach sowjetischem Muster aufgrund mangelnder Lehrerkzeptanz marginal geblieben war – besonders ausgeprägt. Bereits im Jahr 2000 besuchten drei Viertel der Jugendlichen auf das Abitur vorbereitende weiterführende Schulen. Diese Entwicklung zu Gunsten vollzeitschulischer Ausbildungen verstetigte sich und wurde nur selten kritisch hinterfragt. Die polnische Bildungspolitik ging – durchaus im Einklang mit den Arbeitgeberverbänden – vielmehr davon aus, dass gerade in der mit vielen Unsicherheiten behafteten Übergangsphase zur Marktwirtschaft breiter angelegte, auf solide Allgemeinbildung gestützte Berufsprofile berufliche Flexibilität und Mobilität am besten ermöglichen.

Aktuell ist die Bereitschaft der Bildungsverantwortlichen zu grundlegenden Korrekturen an diesem bisher präferierten, vom Arbeitsmarkt relativ abgekoppelten Berufsbildungsmodell zweifellos erkennbar. Diese resultiert aus der hohen ungedeckten Nachfrage der Wirtschaft, insbesondere des stark repräsentierten Verarbeitenden Gewerbes, nach qualifizierten Facharbeitern und auch Ausbildungswilligen. Einer Konjunkturumfrage des polnischen Statistikamtes GUS zufolge berichteten unmittelbar vor der Corona-Krise etwa 40 % der Industrieunternehmen von Problemen bei der Suche nach qualifiziertem Personal, selbst im August 2020 waren es noch 30%.<sup>12</sup> Auch die OECD (2018) hatte Polen empfohlen, in eine effizientere und wirtschaftsnähere Berufsausbildung zu investieren, womit die vergleichsweise niedrige Produktivität der vielen kleinen Unternehmen verbessert werden könnte.<sup>13</sup>

Substanzielle strukturelle Reformen inklusive der Einführung dualer Ausbildungselemente wurden vom Warschauer Bildungsministerium insbesondere ab 2018/2019 auf den Weg gebracht – der 2019 modifizierte Ausbildungsrahmenplan (für Inhalt und Ablauf der Ausbildung grundlegend) stellt den Erwerb konkreter fachlicher Fähigkeiten und Kenntnisse in den Mittelpunkt, der Begriff der „Berufsqualifikation“ tritt stärker in den Vordergrund als bisher.

Als zentraler Ansatzpunkt, die Stagnation der polnischen Berufsbildung aufzubrechen, gilt die 2019 vom Gesetzgeber beschlossene – aktuell schon wirksame – Verpflichtung der Berufsschulen zur Kooperation mit dem Unternehmenssektor (die Zusammenarbeit soll u. a. die Konzipierung der praktischen Ausbildung, die Festlegung der Prüfungsanforderungen sowie die berufsbegleitende Weiterqualifizierung für Berufsschulpersonal umfassen).<sup>14</sup>

Die Option der Absolvierung des praktischen Teils der Berufsausbildung unter realen Arbeitsbedingungen in den Unternehmen wird explizit hervorgehoben, andererseits werden die Berufsschulen nicht gänzlich von diesen Aufgaben entbunden.<sup>15</sup> Zudem wird den Berufsbildungseinrichtungen aufgegeben, den Erwerb ergänzender beruflicher Fähigkeiten und Marktqualifikationen durch die Auszubildenden zu unterstützen. Weiterhin orientiert das Bildungsministerium die Anbieter beruflicher Bildung explizit auch darauf, zukunftsweisende Techniken und Technologien in die Ausbildung zu integrieren, womit ebenfalls die nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit verbessert werden soll.<sup>16</sup>

Zum Herzstück einer effizienteren Berufsberatungsstruktur ist die zentrale Bildungsplattform [epodreczniki.pl](http://epodreczniki.pl) ausgebaut worden. Diese Plattform – mit einer auch im Rahmen von EU-Projekten<sup>17</sup> entwickelten, guten didaktischen Ausstattung – informiert Interessierte landesweit über Berufe, Ausbildungsgänge und Ausbildungsstätten.

Zuletzt war das Bildungsministerium erfolgreich in seinem Bemühen, die Vorbehalte der Arbeitgeber gegenüber einer stärkeren Partizipation am Berufsbildungsprozess nach und nach auszuräumen.<sup>18</sup> Mittlerweile beteiligen sich die Unternehmensverbände stärker an gestalterischen Aufgaben wie der Festlegung der beruflichen Ausbildungsprogramme.

Innerhalb des Formats der Branchenkonferenzen („Sektoralräte“) wird die Anpassung der Berufsbildung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts beraten.

Im Kern lässt sich der polnische Veränderungspfad beschreiben als das Zusammenwirken einer institutionell reformierten und angemessener finanzierten beruflichen Bildung mit einer zur Partizipation an den Ausbildungsprozessen stärker motivierten Wirtschaft. Werden die genannten Einzelmaßnahmen (die hier nicht in Gänze aufgeführt werden können) ineinandergreifend umgesetzt und auch nach der Corona-Krise mit Priorität vorangetrieben, sollte Polen sein Fachkräftedefizit sukzessive beheben können.

## **Tschechische Republik**

Auch Tschechien plant Änderungen an seinem ebenfalls überwiegend vollzeitschulisch strukturierten Berufsbildungssystem. Die nach 1990 beträchtlich ausgebauten Berufsfach- und Berufsoberschulen werden allgemein geschätzt für ihr hohes Niveau der allgemeinbildenden und berufstheoretischen Wissensvermittlung. Eine hochwertige berufspraktische Ausbildung, bei der neue Technologien in die didaktischen Methoden integriert sind, ist jedoch noch eher die Ausnahme. Ähnlich wie in Polen wurde dies zunächst kaum kritisch beleuchtet, zumal die Arbeitslosigkeit stets in moderaten Größenordnungen unter 10 % verharrte und somit keinen Veränderungsbedarf im Bildungssektor signalisierte. Mit dem kontinuierlichen Wachstum der Wirtschaft seit 2014 und dem parallel dazu gestiegenen Arbeitskräftebedarf wurden allerdings Engpässe im Fachkräftebereich unübersehbar. Im Jahr 2016 ergab eine Umfrage der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer (DTIHK), dass neun von zehn Unternehmen gravierende Probleme bei der Besetzung von Stellen für Berufsschulabgänger hatten<sup>19</sup> – das Berufsbildungssystem steht seither unter Reformzwang.

Tschechien hat die Reformherausforderung angenommen. Dem zentralen Manko auch eines Großteils der tschechischen Berufsschulen, die häufig nur lückenhaft ausgebildete berufliche Handlungskompetenz ihrer Absolventen im gewerblich-technischen Bereich (vgl. Tabelle, S. 2), soll durch die sukzessive Einführung dualer Ausbildungsstrukturen entgegengewirkt werden – mit der kürzlich (Oktober 2020) von der Prager Regierung angenommenen bildungspolitischen „Strategie 2030+“ enthält erstmals ein Regierungsdokument explizit die Zielsetzung der Etablierung eines dualen Bildungssystems, dies in modifizierter Form, angepasst an die Bedingungen in der Tschechischen Republik.<sup>20</sup> Eine stärkere Einbindung von Arbeitgebern in die Berufsbildungsprozesse wird schon länger als Priorität ausgegeben (etwa durch das novellierte Bildungsgesetz 2017 und durch den Langfristplan zur Entwicklung des Bildungssystems 2019–2023) – aktuell existieren immerhin punktuelle, mitunter „schwierige“ Kooperationen mit den nicht immer flexiblen Berufsschulen. Das Prager Bildungsministerium (MŠMT) wirkt vorerst vor allem auf die Einbindung von mehr Praktikern in den Berufsschulunterricht und auf Praktika von Lehrkräften in Unternehmen hin.<sup>21</sup>

Die Effizienz des Berufsbildungssystems wurde zuletzt durch strukturelle Maßnahmen in weiteren Kernbereichen verbessert: Der Nationale Qualifikationsrahmen (welcher die verfügbaren Berufsqualifikationen in den EU-Ländern umfassend abbilden soll) wurde vervollkommen (2020) – damit wird es Berufsschulen ermöglicht, ihre Ausbildungsprogramme mit der Zielrichtung zu optimieren, Qualifikationen der Auszubildenden stärker auch auf andere, fachlich verwandte Bereiche auszuweiten (z. B. Elektrotechnik und Informatik).

Die zum 1. September 2020 aktualisierten Rahmenprogramme der Berufsbildung orientieren die Berufsschulen nun ganz explizit darauf, ihre Ausbildungsprogramme den – sich durch Digitalisierung, Robotisierung und Modernisierung



technologischer Prozesse wandelnden – Arbeitsmarktbedürfnissen anzupassen (womit dem Grundsatz der „vorausschauenden“ Berufsbildung entsprochen wird).<sup>22</sup>

Verbesserte Rahmenbedingungen für eine attraktive Berufsbildung existieren mittlerweile aufgrund einer stabilen und vorhersehbaren Finanzierung, aber auch durch den Know-how-Zufluss aus der Bildungszusammenarbeit innerhalb der EU – das im Frühjahr 2020 abgeschlossene EU-kofinanzierte dreijährige Projekt „Modernisierung der Berufsbildung“ (IOC) hat die Qualitätsstandards deutlich vorangebracht.<sup>23</sup>

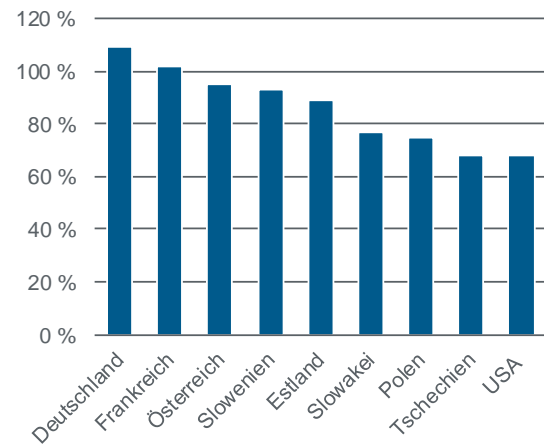
Die wichtigste strukturelle Zielsetzung, also die in der „Bildungsstrategie 2030+“ postulierte Etablierung dualer Ausbildungsstrukturen (als Ergänzung zum bestehenden Ausbildungsmodell), kommt momentan jedoch kaum voran. Seit Herbst 2018 existiert eine Arbeitsgruppe für die Vorbereitung des dafür nötigen Gesetzes (unter Beteiligung u. a. des Bildungsministeriums, des Ministeriums für Industrie und Handel, der Arbeitgeberverbände und der beruflichen Mittelschulen). Entsprechend dem slowakischen Muster sollte dieses neue Gesetz die Grundlagen für duale Ausbildungen schaffen. In der seit Monaten zugespitzten Corona-Lage laufen die Vorbereitungen allerdings derzeit nicht weiter. Eine Klärung könnte jedoch nach den Parlamentswahlen im Herbst (Oktober) 2021 erfolgen.

## Fazit

Die Fortschritte der (hier betrachteten) MOE-Länder bei der Reformierung ihrer Berufsbildung können sich sehen lassen: Wichtige Weichenstellungen zu Gunsten einer bedarfsorientierteren Berufsbildung wurden auf den Weg gebracht: Die Lehrpläne werden den Erfordernissen der technischen Entwicklung angepasst, die Berufsberatung aufgewertet, institutionelle Kapazitäten für den Dialog der relevanten Berufsbildungsakteure vielerorts geschaffen. In die technische Ausstattung der berufsbildenden Schulen ist viel investiert worden. Effizientere Berufsbildungssysteme sind allerdings nur die eine Seite, der „materielle“ Aspekt, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Um mehr junge Menschen zu einer Ausbildung zu motivieren, gilt es zudem, das mäßige, teils schlechte Image von Handwerks- und Industrieberufen nachhaltig zu verbessern. Verbesserungen werden hier nur im Zusammenwirken von Politik (über Bildungspolitik hinaus) und Wirtschaft erzielt werden können.

In der Umsetzung vor Ort bedarf es einer motivierten Lehrerschaft, welche die aus der reformierten Sekundarschulbildung erwachsenden Berufsperspektiven überzeugend vermittelt. Wichtig wäre es, den osteuropaweit noch immer dürftig bezahlten Lehrerberuf (vgl. Grafik 2) endlich attraktiver zu machen. Der politische Willen zu einer angemesseneren Entlohnung des berufsschulischen Lehrpersonals – welches mit der Digitalisierung erhebliche Qualifikationsanforderungen zu meistern hat – ist durchaus erkennbar.

**Grafik 2: Reale Gehälter von Lehrkräften (Sekundarbereich II) im Verhältnis zu den Erwerbseinkommen von Beschäftigten mit Abschluss im Tertiärbereich (2019)**



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2020.

Im Übergang zu einer praxisnäheren, im Wesentlichen dual geprägten Berufsausbildung ist die 1992 mit dem TRANSFORM-Projekt begonnene Kooperation mit Deutschland von erheblichem Nutzen für die MOE-Länder – und wird dort im Übrigen sehr geschätzt. (siehe FN 10). Eine speziell für den Ausbau der polnischen Berufsbildung sehr nützliche Hilfe, die etwa von Deutschland geleistet werden könnte, wäre ein „Leuchtturm“-Berufsbildungsprojekt speziell für kleine und mittelständische Firmen, in welchem auch didaktische Muster, Tools und Vorlagen zur Nachnutzung erstellt werden könnten.<sup>24</sup>

Für die deutsche Seite ist es wichtig, noch stärker als bisher in ihre Überlegungen ein zubeziehen, dass Projekte umso besser realisiert werden können, je mehr die „lokale Komponente“ berücksichtigt wird. Auch hervorragende fachliche Lösungen sind nur dann praktikabel, wenn sie die Situation, die Gegebenheiten und die Mentalität der Partner vor Ort berücksichtigen. In Deutschland behauptet sich die Kombination aus beruflicher Praxis im Betrieb und berufsschulischem Fachunterricht nach wie vor als ein leistungsfähiges Modell. Dieses gilt auch weltweit als vorbildlich, da es die Jugendarbeitslosigkeit relativ konjunkturunabhängig zu begrenzen hilft. Doch signalisiert die abwärts weisende Tendenz der geschlossenen Ausbildungsverträge trotz erheblichem Bedarf auch hier zu Lande Attraktivitätsdefizite. Auf der anderen Seite gibt es die – kontrovers diskutierte – Problematik mangelnder Ausbildungsreife von Jugendlichen, die das duale Ausbildungssystem nicht immer zu integrieren vermag. Gleichwohl wird der beruflichen Bildung im Länderbericht der OECD zu Deutschland (2020) eine tragende Rolle beim Neustart nach der Überwindung der COVID-19-Pandemie zugemessen.<sup>25</sup>

- <sup>1</sup> Deutsche Bundesbank, Direktinvestitionsstatistiken, Unmittelbare inländische Direktinvestitionen im Ausland (konsolidiert), Frankfurt a.M. April 2020, S. 46, 47
- <sup>2</sup> Vgl. Euler, Dieter, Das duale System in Deutschland – Vorbild für einen Transfer in Ausland? Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2013, S. 24ff. Europäische Kommission (2016): Entwicklung von Kompetenzen für den Arbeitsmarkt, Die Schlussfolgerungen von Riga, Europäische Zusammenarbeit in der Berufsbildung 2015-2020, sowie auch Berufsbildungsgesetz (BBiG), Teil 1, Allgemeine Vorschriften, § 1–3
- <sup>3</sup> Vgl. Kunzmann, Margret, Berufsbildung osteuropäischer Länder im Umbruch, BWP 21/1992/1, S. 26–31
- <sup>4</sup> Vgl. Grünert, Holle: Berufsausbildung Ost unter neuem Vorzeichen, BWP 5/2015, S. 25–29.
- <sup>5</sup> Dieser Ansatz spiegelte durchaus einen bildungspolitischen Grundkonsens in den MOE-Transformationsgesellschaften wider: Die bisher dominierenden technikzentrierten und straff durchgetakteten, einseitig auf die ökonomische Strategie des Staates ausgerichteten Facharbeiterausbildungen sollten mehr oder weniger auslaufen. An ihre Stelle sollte als Fundament eine (im Zeitumfang ausgeweitete) mittlere Bildung auf höherem Niveau treten, die das gesellschaftliche Qualifikationspotenzial optimieren sollte. Mit dieser Strategie befand man sich auch im Einklang mit Empfehlungen etwa der OECD, welche seinerzeit eine deutliche Ausweitung des allgemeinbildenden weiterführenden Schulwesens in den MOE-Transformationsländern postulierte
- <sup>6</sup> So finden sich die Berufsbildungssysteme bei den jährlich in den MOE-Ländern stattfindenden Investitionsattraktivitätsrankings der deutschen Auslandshandelskammern (AHK) als Schwachpunkte selbst bei den dort führenden Ländern.
- <sup>7</sup> Dem reformierten Berufsbildungsgesetz von 2015 ging im Dezember 2014 ein Regierungsbeschluss zur „Nationalen Beschäftigungsstrategie“ voraus. Dieser formulierte die Aufgabe, eine ausreichende Anzahl und geeignete Struktur qualifizierter Arbeitskräfte für alle Wirtschaftssektoren sicherzustellen.
- <sup>8</sup> Fernmündliches Interview von Eva Holubek, Leiterin Berufsbildung AHK Slowakei, 1.10.2020 (inklusive Zahlen) sowie Information Milan Kuzma (Berufsbildungsinstitut ŠIOV), E-Mail vom 14.01.2021
- <sup>9</sup> ŠIOV: TRENDY V ODBORNOM VZDELÁVANÍ 10/2020, 7.10.2020
- <sup>10</sup> „Das Knowhow, das Deutschland mit seiner langen Tradition in der dualen Berufsbildung aufbauen konnte, ist für die Slowakei besonders wertvoll. Mit dem Wissenstransfer, der durch die gemeinsamen Projekte in Gang gesetzt wurde, profitiert das Land langfristig (...). Das BMBF unterstützt uns gerade in strategischen Fragen.“ (Interview von Eva Holubek).
- <sup>11</sup> Vgl. Mazik-Gorzelańczyk, Magdalena, Die Berufsausbildung in Polen in der Perspektive des Wandels und der Anforderungen der Wirtschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung Polen, Warschau 2016, S. 12
- <sup>12</sup> Becker, Niklas (GTAI): Arbeitsmarkt (Polen), 29.09.2020
- <sup>13</sup> Vgl. Brandt, Nicola, Strengthening innovation in Poland, OECD Economics Department Working Papers No. 1479 (2018)
- <sup>14</sup> Verordnung des Ministeriums für Nationale Bildung (MEN) vom 15.02.2019 zu den allgemeinen Zielen und Aufgaben der Ausbildung in Berufsbildungsberufen und zur Einstufung von Berufen, <https://www.infor.pl/akt-prawny/DZU.2019.035.0000316,rozporzadzenie-ministra-edukacji-narodowej-w-sprawie-ogolnych-celow-i-zadan-kształcenia-w-zawodach-szkolnictwa-branzowego-ora-z-klasyfikacji-zawodow-szkolnictwa-branzowego.html>
- <sup>15</sup> Dito.
- <sup>16</sup> Dito.
- <sup>17</sup> In den letzten Jahren erwiesen sich Mittel aus EU-Strukturfonds als wesentliche Treiber und Stützen bei der Modernisierung der polnischen Berufsbildung: Neben der Stärkung der bisher wenig koordinierten Berufsberatung wurde vor allem investiert in die didaktische Ausstattung der Berufsschulen, in Lehrerschulungen und nicht zuletzt auch in Projekte, die das Image der Berufsschulen stärken sollen. Sicher ist dies sinnvoll eingesetztes Geld: Die oft mangelhafte Ausstattung der Berufsbildungseinrichtungen gilt als ein Hauptgrund für deren geringe Attraktivität bei Jugendlichen (vgl. Markus Körbel: Berufsausbildung für Europas Jugend, Länderbericht Polen, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 2015).
- <sup>18</sup> Die in polnischen Unternehmen noch immer verbreitete Ansicht, dass für die berufliche Bildung der Staat die wesentliche Verantwortung weiterhin tragen soll, stand dieser Kooperation lange Zeit im Wege. Das IW schreibt diese Zurückhaltung der Betriebsgrößenstruktur zu: Noch zu Anfang der 2010er-Jahre hatten über 95 % der Betriebe in Polen weniger als zehn Beschäftigte (vgl. Körbel, FN 17). Deren stärkere Einbindung gilt jedoch zu Recht als Schlüssel zu einer grundlegenden Verbesserung der Ausbildungsqualität.
- <sup>19</sup> Vgl. Plus, Magazin der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer, Ausgabe Dezember 2016
- <sup>20</sup> Vgl. Tschechisches Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MŠMT): Strategie vzdělávací politiky ČR do roku 2030+, Prag 2020, S. 35
- <sup>21</sup> Aneta Lednová, Sprecherin des Tschechischen Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MŠMT), E-Mail vom 23.09.2020, auf Anfrage
- <sup>22</sup> Vgl. <https://www.msmt.cz/vzdelavani/stredni-vzdelavani/vydani-aktualizovanych-nvp-pro-stredni-odborne-vzdelavani>
- <sup>23</sup> Dazu ausführlich: <http://www.nuv.cz/projekty/mov?lang=1>
- <sup>24</sup> Information Joanna Wierzbicka-Grajek, Managerin Berufliche Aus- und Weiterbildung, Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer Warschau, fernmündliches Gespräch am 14.01.2021
- <sup>25</sup> OECD, Bildung auf einen Blick 2020, Ländernotiz Deutschland